



SuS

über die
1. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Montag, dem 08.03.2010
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Frank Ambrosch
Herr Joachim Eckardt
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Frau Renate Jung
Herr Helmut Kampmann
Herr Heiko Klanke
Herr Bernhard Kohl
Herr Ulrich Marc

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Herr Tobias Leidecker
Frau Ina Scharrenbach
Herr Sören van Lück

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Frau Alexandra Möller

FDP

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL

Herr Björn Schmidt

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Herr Reinhard Forthaus
Herr Martin Kusber

Verwaltung

Frau Brigitte Böckmann
Herr Reiner Brüggemann
Herr Markus Höper
Frau Marion Jachmann

Entschuldigt fehlten

Herr Werner Bucek
Herr Michael Dubbel
Frau Ursula Müller
Frau Kerstin Weingarten
Herr Martin Wiegelmann

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Eckardt**, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses, die Vertreter der Presse, die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung verpflichtete Herr **Eckardt** das Mitglied des Schul- und Sportausschusses, Herrn **Leidecker**, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

A. Öffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|---|---------|
| 1 | Vorstellung der Konsolidierungsmaßnahmen aus der Potenzialliste hier: Bericht der Verwaltung | |
| 2 | Konjunkturprogramm II - Bildungsinfrastruktur hier: Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 3 | Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen im Schuljahr 2010/11 hier: Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 4 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |

B. Nichtöffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|---|---------|
| 1 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |
| 2 | Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung | |

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung der Konsolidierungsmaßnahmen aus der Potenzialliste
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** informierte einleitend darüber, dass die schulrelevanten Inhalte der von der Verwaltung vorgelegten Potenzialliste den Schulleiterinnen und Schulleitern der Grundschulen und weiterführenden Schulen in einer Schulleiterbesprechung vorgestellt wurden. Die Konsolidierungsmaßnahmen in den Bereichen Schulhausmeister (Poolbildung), Aufwandsreduzierung für Lehr- und Arbeitsmittel sowie Lernmittel in Höhe von 10 % und die Minderaufwendungen für die Schülerbeförderung seien hier kritisch, aber konstruktiv, diskutiert worden.

Anschließend ging Herr **Brüggemann** auf einzelne Konsolidierungsmaßnahmen ein.

Die Aufwandsreduzierungen im Bereich der Nutzungsentgelte für die Schwimmbadnutzung der Schulen würden in erster Linie durch eine Systemumstellung in der Abrechnung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke von einem Stunden- auf einen Gruppentarif erzielt. Die Schwimmbadnutzung einzelner Schulen werde von der Verwaltung weiterhin in einer gesprächsorientierten Analyse mit den betroffenen Schulen erörtert. Das Ergebnis hierbei sei offen.

Eine Poolbildung für die Schulhausmeister werde erst ab 2012 mit den Schulen zu diskutieren sein. Hier werde die Verwaltung im Vorfeld mit den Schulen sorgfältige Beratungen führen, um die schulischen Belange und Befindlichkeiten in der Personalverfügbarkeit zu berücksichtigen.

Die Aufwandsreduzierungen für Lehr- und Arbeitsmittel sowie Lernmittel in Höhe von 10 % seien, wie bereits angemerkt, von den Schulleitungen kritisch hinterfragt worden. Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass in den letzten zehn Jahren bereits jahresbezogen Aufwandsreduzierungen realisiert worden seien. Eine grundlegende Systemumstellung sei nicht gegeben. Gravierende Probleme seien daher nicht zu erwarten.

In den von der Verwaltung eingetragenen Einsparungen durch Rücknahme von Schulraum im Zuge der demografischen Entwicklung würden sich die Aufwandsreduzierungen aufgrund der bereits beschlossenen Schließung des Schulstandortes der Glückaufschule ab dem Schuljahr 2013/2014 widerspiegeln.

In diesem Zusammenhang berichtete Herr **Brüggemann** über die letzte Sitzung der Schulpflegschaft der Astrid-Lindgren-Schule, an der er zusammen mit Herrn Schulamtsdirektor **Forthaus** teilgenommen habe. Die Verwaltung habe hier die Zahlengrundlagen zur Problematik der Zuweisungen von Schülerinnen und Schülern zum Teilstandort an der Lenninger Straße vorgestellt. In den nächsten Jahren würde die Anzahl der Kinder im fußläufigen Einzugsbereich des Teilstandortes, soweit er östlich der Werber Mark liege, weiterhin abnehmen, so dass sich die Problematik einer ausgeglichenen Klassenbildung durch Zuweisung von Schülerinnen und Schülern zum Teilstandort verstärken werde. Die Zahlen wiesen Unterschiede in den einzelnen Jahrgängen (Schuljahr 2011/12 = 11 Kinder, 2012/13 = 6 Kinder, 2013/14 = 18 Kinder, 2014/15 = 10 Kinder, 2015/16 = 8 Kinder; 2011/12 bis 2014/15 vorgezogene Schulpflicht = 13 Monate) auf, würden insgesamt

jedoch aufgrund der demografischen Entwicklung eher zurückgehen. Ein großer Teil der Kinder des Einschulungsjahrganges 2013/14 kämen aus dem Bereich der Schillerstraße und könnten daher sowohl der Stammschule als auch dem Teilstandort zugerechnet werden. Im Ortsteil Heeren-Werve würden im Schuljahr 2014/15 insgesamt nur 58 Kinder und im Schuljahr 2015/16 48 Kinder eingeschult.

Ein Indiz für eine weitere Abnahme sei auch, dass im Jahr 2009 für das Stadtgebiet lediglich 322 Geburten registriert wurden und die Geburtenanzahl damit deutlich unter der Prognose von 360 gelegen habe. Insoweit sei am Grundschulverbund Heeren-Werve ein Bruch im System zu erwarten. Die Anzahl der Zuweisungen werde steigen. Diese Entwicklung sei in den parlamentarischen Gremien vorzutragen.

Der im Jahr 2008 aufgelegte Härtefonds für Unterrichtsmaterialien für Schülerinnen und Schüler aus bedürftigen Familien könne, so Herr **Brüggemann**, entfallen, da das Schulbedarfspaket aufgrund gesetzlicher Änderungen nunmehr auch für die Sekundarstufe II greife.

Im Zuge der Gründung des Grundschulverbundes Kamen-Mitte sei speziell für den Schulsport ein Schülersonderverkehr eingerichtet worden, um ein Zusammenwachsen der beiden Standorte zu unterstützen. Herr **Brüggemann** erklärte, dass inzwischen der Schulsport nicht mehr das treibende Argument sei. Ein Schülersonderverkehr sei nur noch veranstaltungsbezogen erforderlich. Die Südschule wünsche hier vom Schulträger die Bereitstellung eines Fahrtenkontingentes. Er habe dem Schulleiter bereits mitgeteilt, dass eine Kontingentbereitstellung durch den Schulträger nicht erfolge, sondern jeder Bedarfsfall für sich entschieden werde.

Als weitere Konsolidierungsmaßnahme werde die Streichung des städtischen Eigenanteils am Landesprogramm Kultur und Schule vorgesehen. Im Schuljahr 2009/10 beteilige sich hieran die Friedrich-Ebert-Schule und die Südschule. Eine erneute Teilnahme im Schuljahr 2010/11 sei von der Friedrich-Ebert-Schule geplant gewesen. Die Schulleiterin bedauere daher die Streichung.

Weiterhin ging Herr **Brüggemann** auf die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen im Sportbereich ein. Auch hier würden Einsparungen in der Schwimmbadnutzung der Vereine durch die Tarifumstellung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke erzielt. Zusätzlich schlage die Verwaltung vor, die Schwimmbadnutzung der Vereine während der Sommerferien einzuschränken, da hier erfahrungsgemäß kein Regeltrainingsbetrieb stattfindet.

Bei der Gewährung von Zuschüssen an die Sportvereine schlage die Verwaltung vor, die im Jahr 2006 mit dem Sportverband Kamen e.V. vereinbarte Weiterleitung von Mitteln aus der Sportpauschale in Höhe von rd. 24.000 € auszusetzen und die Finanzmittel bei der Stadt zu belassen, solange es die finanzielle Situation der Stadt Kamen erfordere.

Durch die Verwaltung sei die Einführung einer Sporthallennutzungsgebühr als Konsolidierungsmaßnahme nicht vorgetragen worden, da die Praktikabilität bei der Umsetzung in den einzelnen Nutzergruppen und den Vereinen zu einem unvermeidbaren Verwaltungsaufwand führen würde. Angedacht war hier die Einführung eines Bewirtschaftungskostenbeitrages in Höhe von 2,50 € für den Hobbybereich der Sportvereine mit differenzierter Verteilung der Erträge für den kommunalen Haushalt (1,00 €), die Jugendarbeit (1,00 €) und den Verein als Aufwandsersatz für die Verwaltungskosten für

diese Maßnahme (0,50 €). Herr **Brüggemann** erklärte, dass er aber weiterhin die Notwendigkeit sehe, nach interkommunaler Abstimmung mit den Strukturen der Sportselbstverwaltung in eine konstruktive Diskussion über einen angemessenen Beitrag an den Bewirtschaftungskosten einzutreten.

Hinsichtlich der Durchführung des Festes des Kamener Sports sei der Transfer des kommunalen Finanzanteils in Höhe von 5.000 € in ein Sponsoring ab dem Jahr 2012 zu prüfen. Herr **Brüggemann** sprach sich dafür aus, an der bewährten Form der Veranstaltung festzuhalten. Sollte eine Ausweitung des Sponsorings nicht möglich sein, so werde es in Abstimmung mit dem Sportverband Kamen e.V. bei der Beteiligung der Stadt Kamen verbleiben.

Ein weiteres Konsolidierungspotenzial werde im Zuge der Umsetzung der vorgetragenen Weiterentwicklung der städtischen Sportplatzanlagen durch die Zentralisierung eines Kunstrasenplatzangebotes in Kamen-Mitte erwartet. Zielgerichtete Gespräche werde die Verwaltung mit den Fußballvereinen in Kamen-Mitte aufnehmen. Als Standorte biete sich nach Mitteilung von Herrn **Brüggemann** der bisherige Bolzplatz im Hemsack an, ohne jedoch bereits schon jetzt einer Standortentscheidung vorgreifen zu wollen. Ob jedoch die in der Finanzplanung mittelfristig eingetragenen Investitionsmittel auch bereitgestellt werden könnten, bleibe abzuwarten.

Herr **Heidler** erklärte, die von der Verwaltung vorgetragenen Konsolidierungsmaßnahmen folgten in ihrer Gesamtlinie der Auffassung der SPD-Fraktion, dass durch die Einzelmaßnahmen keine Strukturen zerschlagen werden dürften, die ansonsten unwiederbringlich verloren seien. Eingehend auf die von den Schulleiterinnen und Schulleitern vorgetragene kritische Bewertung in Einzelfragen zeigte er sich davon überzeugt, dass einzelne unabdingbare Bedürfnisse im Rahmen der Produktsteuerung durch die Verwaltung organisiert werden könnten.

Zum Schülersonderverkehr des Grundschulverbundes Kamen-Mitte regte Frau **Schaumann** an, der Anregung der Schule zu folgen und hier ein Fahrtenkontingent zur Verfügung zu stellen.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass die Verwaltung nicht beabsichtige, die Finanzsteuerung aus den Händen zu geben, auch wenn die Bereitstellung eines Fahrtenkontingentes aus Sicht der Schule eine Vereinfachung darstellen würde.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass die CDU-Fraktion in ihrer Auseinandersetzung mit den Konsolidierungsmaßnahmen die Rücknahme der Finanzmittel aus der Sportpauschale nicht kritisch bewerte. Im Bereich der Lehr- und Arbeitsmittel sowie Lernmittel müsse darauf geachtet werden, dass eine kritische Masse nicht erreicht werde. In der Entwicklung bleibe für die nächsten Jahre abzuwarten, ob die Schulen mit den bereitgestellten Mitteln auskommen würden.

Im Vortrag der Verwaltung habe sie eine Überprüfung der Versicherungen im Schulbereich vermisst. Hier seien in den letzten Jahren die Aufwendungen von 300 T€ auf 400 T€ gestiegen.

Hinsichtlich des Schülersonderverkehrs des Grundschulverbundes Kamen-Mitte sei es wichtig, dass sich die Schulstandorte weiterhin gemeinsam entwickeln könnten.

Der zusätzliche Bedarf des Städt. Gymnasiums für Lernmittel aufgrund des Doppel-Abiturjahrganges sei nach Mitteilung von Herrn **Brüggemann** berücksichtigt worden. Es bestehe Konsens darüber, dass die Mittelbereitstellung für Lehr- und Arbeitsmittel sowie Lernmittel beobachtet werden müsse. Hier handele es sich um eine prozesshafte Entwicklung. Sollten Korrekturen notwendig werden, so seien diese abzustimmen. Eingehend auf die Versicherungen im Schulbereich wies Herr **Brüggemann** darauf hin, dass es sich vorrangig um Pflichtversicherungen zum Unfall- und Haftpflichtschutz handele. Die Versicherung erfolge hier über die Unfallkasse NRW und die GVV-Kommunalversicherung. Die Versicherung der Gebäude und des Inventars erfolge über die Provinzialversicherung, die mit einem örtlichen Versicherungsbüro vertreten sei.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich noch nicht abschließend zu den Konsolidierungsmaßnahmen beraten, so Frau **Möller**. In einigen Bereichen würden die Konsolidierungsmaßnahmen jedoch schon jetzt sehr kritisch bewertet, insoweit sei hier eher eine Ablehnung der von der Verwaltung eingebrachten Vorschläge zu erwarten, insbesondere für die Lehr- und Arbeitsmittel sowie Lernmittel. Dieses gelte auch für eine in der Perspektive zu erwartende Anhebung der Elternbeiträge der Offenen Ganztagschule.

Herr **Brüggemann** wies auf den engen Zusammenhang zwischen den Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule und der Kindergärten hin. Die Refinanzierungsquote der Elternbeiträge sei vom Land für den Kindergartenbereich auf 19 % festgesetzt worden. Diese Quote werde aufgrund der Einkommensstruktur in strukturschwachen Städten wie Kamen nicht erreicht. Er hoffe, dass das Gesamtfinanzierungssystem geändert werde und das Land Hilfe z.B. in Form eines Defizitausgleiches gewähre.

Herr **Klanke** erklärte, dass in Kamen ein ordentliches Niveau in der Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Arbeitsmitteln sowie Lernmitteln erreicht werde. Er zeigte sich davon überzeugt, dass die Verwaltung in der Diskussion mit den Schulen dieses Niveau erhalten werde. Zusammenfassend bleibe festzustellen, dass in verschiedenen Bereichen maßvoll Einsparungen erzielt würden ohne Strukturen zu zerschlagen.

In den letzten Jahren sei immer wieder die Mittelbereitstellung für Lehr- und Arbeitsmittel sowie Lernmittel heruntergedrückt worden, insoweit könne man nach Auffassung von Frau **Scharrenbach** nicht von einem „üppigen“ Ausstattungsniveau sprechen. Eine Kofinanzierung durch die Eltern finde bereits seit Jahren zum Beispiel durch Kopiergeld auch in diesem Bereich statt.

Herr **Heidler** entgegnete, dass Herr **Klanke** nicht von einem „üppigen“ Ausstattungsniveau gesprochen habe. Die Ausstattung der Kamener Schulen sei solide. Die eingebrachte Kürzung um 10 % könne mit einer gegebenenfalls notwendigen Produktnachsteuerung realisiert werden.

Zu TOP 2.

Konjunkturprogramm II - Bildungsinfrastruktur
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Frau **Böckmann** stellte anhand einer Präsentation (Anlage I) den aktuellen Planungsstand zur Erweiterung der Nebenraumprogramme an den Sporthallen der Eichendorffschule und der Südschule im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes vor.

Sie wies darauf hin, dass es sich bei der Planung für die Sporthalle der Ei-

chendorffschule noch um einen Vorentwurf handeln würde. Hier seien noch mögliche Änderungen aufgrund von Anregungen der Vereine zu prüfen.

Herr **Höper** ergänzte, dass weiterhin die Maßnahmen zur Erneuerung der Hallenböden der Sporthalle des Städt. Gymnasiums und der Sporthalle II des Schulzentrums zeitnah mit den Schulen und Vereinen abgestimmt würden. Angestrebt werde weiterhin eine Ausführung während der Sommerferien 2010.

Auch die Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf den Schulhöfen der weiterführenden Schulen würden derzeit in Abstimmung mit den Schulen vorbereitet.

Auf Nachfrage von Herrn **Fuhrmann** erklärte Frau **Böckmann**, dass eine Grundsanierung des Nebenraumbestandes an den Sporthallen der Eichendorffschule und der Südschule aus Kostengründen nicht im Rahmen der Erweiterungsmaßnahmen erfolgen könne, sie somit weiterhin auf der Agenda verbleiben würde.

Zu TOP 3.

Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen im Schuljahr 2010/11
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** wies nochmals darauf hin, dass die den Fraktionen zur Information vor der Sitzung ausgehändigte Aufstellung lediglich die zum aktuellen Stand vorliegenden Anmeldezahlen wiedergebe. Das Anmeldeverfahren sei noch nicht abgeschlossen, die Anmeldungen von 34 Kindern lägen noch nicht vor. Insoweit könne der Schulträger auch noch nicht in eine Analyse der Zahlen eintreten. Die endgültigen Anmeldezahlen würden der Niederschrift beigefügt (siehe Anlage II).

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

4.1.1 Frau **Jachmann** informierte über das vom Landesministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen eines Programms der Europäischen Union (EU) aufgelegte Schulobstprogramm. Die EU und das Land stellten jeweils 2 Mio. € für die Versorgung von Schülerinnen und Schülern mit 100 g Obst oder Gemüse pro Tag zur Verfügung. Ein städtischer Anteil sei nicht erforderlich. Ziel des Programms sei das Näherbringen eines gesundheitsförderlichen Ernährungsverhaltens der Schülerinnen und Schüler sowie eine Steigerung des Obst- und Gemüseverzehrs.
Grund- und Förderschulen hätten sich mit den Klassen 1 bis 4 bis zum 31.01.2010 bewerben können. Bewilligungsbehörde sei das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz. Die Auswahl der teilnehmenden Schulen sei im Februar 2010 erfolgt. Von 760 Bewerbungen seien 355 ausgewählt worden. Die Auswahl habe sich an pädagogische und soziale Faktoren orientiert. Weiterhin sollten mindestens 3 Schulen pro Kreis oder kreisfreie Stadt berücksichtigt werden.

Erfolgreich beworben habe sich, berichtete Frau **Jachmann**, die Friedrich-Ebert-Schule. Die Käthe-Kollwitz-Schule sei in die Warteliste aufgenommen worden.

4.1.2 Herr **Kusber** wies auf das Fest des Kamener Sports am 17.04.2010 hin. Der Sportverband Kamen e.V. freue sich, an diesem Tag wieder zahlreiche Sportlerinnen und Sportler und weitere Gäste begrüßen zu können. Die Einladungen seien in den letzten Tagen versandt worden.

4.2 Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es wurde kein Tagesordnungspunkt zur Veröffentlichung freigegeben.

gez. Eckardt
Vorsitzender

gez. Brüggemann
Schriftführer

Anlagen

Anlage 1
Anlage 2